

MEDIENMITTEILUNG

5. März 2020

Breite Allianz lanciert Volksinitiative für ein besseres Leben im Alter

Initiative für eine 13. AHV-Rente: «Unsere Arbeit verdient gute Renten»

Die AHV-Renten reichen nicht zum Leben und sie verlieren stetig an Wert. Gleichzeitig sinken die Renten aus der 2. Säule immer schneller. Und das obwohl die Beiträge der Berufstätigen in die Pensionskasse einen Höchststand erreicht haben. Wer heute und morgen pensioniert wird, erhält weniger Rente als die Jahrgänge davor. Besonders problematisch ist der Rentenrückstand der Frauen; die Gleichstellung der Geschlechter liegt in weiter Ferne. Deshalb lanciert eine breite Allianz aus Gewerkschaften, Parteien, Verbänden, RentnerInnen- und Frauenorganisationen rund um das Wochenende des internationalen Tags der Frau (8. März) die Initiative für eine 13. AHV-Rente.

Es ist ein Skandal, dass Frauen im Jahr 2020 noch immer deutlich tiefere Renten haben als Männer. Über ein Drittel aller Frauen erhält im Alter gar keine Rente aus der 2. Säule. Und selbst wenn Frauen eine Pensionskasse haben, sind ihre PK-Renten durchschnittlich nur halb so hoch wie jene der Männer. Weil ihre Lebensläufe durch Erwerbsunterbrüche, Teilzeitarbeit und tiefere Löhne geprägt sind. In der AHV hingegen sind die Männer- und Frauenrenten ähnlich hoch, weil in der AHV auch die Betreuung von Kindern und Angehörigen als Arbeit anerkannt wird und zu höheren AHV-Renten führt. Nur die AHV schafft diese Gleichstellung. Unia Präsidentin Vania Alleva fordert deshalb «diesen Schritt in Richtung mehr soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern».

SGB Präsident Pierre-Yves Maillard will mit Initiative auch «die drohende Privatisierung der Altersvorsorge abwehren. Die Banken und Versicherungen reden die AHV schlecht, um möglichst viele Produkte der 3. Säule zu verkaufen.» In der Schweiz habe es genug Geld für anständige Renten. Zum Beispiel dank einer Zusatzfinanzierung aus den exorbitant hohen Nationalbank-Überschüssen. Mit der 13. AHV-Rente soll ausserdem der bereits erfolgte Zerfall der Pensionskassenrenten ausgeglichen werden, so SEV-Präsident Giorgio Tuti.

Für Barbara Gysi, SP-Vizepräsidentin, ist «die Solidarität in der AHV nicht nur zwischen hohen und tiefen Einkommen einzigartig, sondern auch zwischen den Geschlechtern. Denn nur in der AHV ist die unbezahlte Familien- und Pflegearbeit rentenbildend.» So fordert die grüne Nationalrätin Léonore Porchet im Jahr nach dem Frauen*streik denn auch konkrete Verbesserungen: «Die AHV stärken heisst die Gleichstellung stärken.»

Die breite Allianz beginnt heute Mittag, Donnerstag 5. März 2020, mit der Unterschriftensammlung. Aufgrund der Unsicherheiten rund um die Entwicklung der Coronavirus-Krise verweisen die InitiantInnen auf das Online-Tool auf der Website: www.AHVx13.ch. Interessierte können sich auf der Website direkt informieren und unterschreiben – und die Sammlung so auch von Zuhause aus unterstützen.

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND

Auskünfte:

- Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB, Tel. 079 743 42 37
- Vania Alleva, Präsidentin Unia, Tel. 079 620 11 14
- Giorgio Tuti, Präsident SEV, Tel. 079 221 45 64
- Barbara Gysi, Vizepräsidentin SP, Tel. 079 708 52 34
- Léonore Porchet, Nationalrätin Grüne, Tel. 079 350 67 43
- Gabriela Medici, SGB-Zentralsekretärin, Tel. 079 242 65 43
- Urban Hodel, Co-Leiter SGB Kommunikation, 078 644 89 15

MEDIENKONFERENZ VOM 3. MÄRZ 2020

Pierre-Yves Maillard, SGB-Präsident

Initiative AHVx13

Für ein besseres Leben im Alter: Lancierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente

Wer ein Leben lang gearbeitet hat, verdient eine gute Rente. Für immer mehr Normalverdienende trifft das nicht mehr zu. Die Mieten und die Krankenkassenprämien steigen massiv. Gleichzeitig haben die Beiträge in die Pensionskassen einen Höchststand erreicht, und trotzdem zerfallen die Renten aus den Pensionskassen – da bleibt immer weniger zum Leben übrig. Dieser Fakt wird von der Schwarzmalerei der Banken und Versicherungen überschattet. Sie warnen vor einem Demografie-Kollaps. In Tat und Wahrheit sehen sie in der Demografie ein Riesenbusiness. Deshalb steht die Altersvorsorge am Scheideweg: Setzt sich die schleichenden Privatisierung durch, oder wollen wir die Solidarität stärken? Wir lancieren diese Volksinitiative, weil die bürgerlichen Parteien die Interessen der Vorsorge-Industrie vor die Interessen der Normalverdienenden stellen.

Konkret fordern sie den Ausbau der 3. Säule. Jeder soll selbst für sich schauen. Ohne Beteiligung der Arbeitgeber, dafür mit hohen Gewinnen für Banken und Versicherungen. Doch die private Vorsorge dient hauptsächlich Personen mit hohen Einkommen. Auf Kosten der Allgemeinheit. Denn die 3. Säule ist vor allem ein Steuersparinstrument und bringt kaum finanzielle Absicherung im Alter. Die Steuerausfälle betragen insgesamt jährlich rund 2.5 Milliarden Franken. Bereits bei der Einführung der AHV haben sich die Topverdiener mit dem Argument «Jung gegen Alt» gewehrt. Dabei kenne ich kein dümmeres Argument. Denn wenn alles gut geht, wird ein Junger ein Alter. Die Jungen trachten nicht nach einem vorzeitigen Tod und ziehen es deshalb, alt zu werden. Wir kämpfen deshalb genauso für ein effizientes und faires Rentensystem für die zukünftigen Alten.

Die grossen Probleme des Kapitaldeckungsverfahrens bei den noch lange anhaltenden tiefen Zinsen treffen die 2. Säule am stärksten. Seit rund zehn Jahren brechen die Pensionskassenrenten regelrecht ein. Seit 2005 sind die PK-Renten real durchschnittlich um 8 Prozent gesunken – und der Sinkflug beschleunigt sich immer mehr. Um die skandalös tiefen Renten der Frauen und tieferen Einkommen zu verbessern, haben wir den BVG-Sozialpartnerkompromiss ausgehandelt. Der grosse Widerstand der bürgerlichen Parteien zeigt, dass sie nicht bereit sind, diese Probleme zu lösen. Ihre kompromisslose Haltung bestärkt uns darin, diese Volksinitiative zu lancieren. Für mittlere Einkommen und Frauen ist die AHV ohnehin die effizienteste Lösung. Falls die Bürgerlichen den BVG-Kompromiss abschiessen, erhält unsere AHV-Initiative noch mehr Gewicht.

Die Hälfte aller Personen, die 2017 in Rente ging, muss mit weniger als 1'777 Franken AHV-Rente pro Monat auskommen. Diese Renten sind zu tief. Obwohl die Verfassung seit fast 50 Jahren vorschreibt, dass die Renten existenzsichernd sein müssen. In der Schweiz hat es genug Geld für anständige Renten.

Es ist bekannt, dass für die Zusatzfinanzierung der AHV die astronomisch hohen Gewinne der Nationalbank (SNB) verwendet werden sollen. Das bedeutet, dass die zusätzliche Ausschüttung der SNB an den Bund direkt in die AHV fliessen soll. Die SNB hortet weit mehr als es die Verfassung zulassen würde. Das Ausschüttungspotenzial liegt deutlich höher. Die anhaltende Negativzinsphase ist aussergewöhnlich, genauso die milliardenhohen Gewinnreserven der SNB – deshalb braucht es ausserordentliche Massnahmen.

Mit der Initiative für eine 13. AHV-Rente haben wir ein simples und überzeugendes Konzept, das jede und jeder versteht. Damit verbessern wir nicht nur die Renten der Normalverdienenden, sondern wir kämpfen auch für eine solidarische Altersvorsorge und ein besseres Leben im Alter.



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Initiative für eine 13. AHV Rente

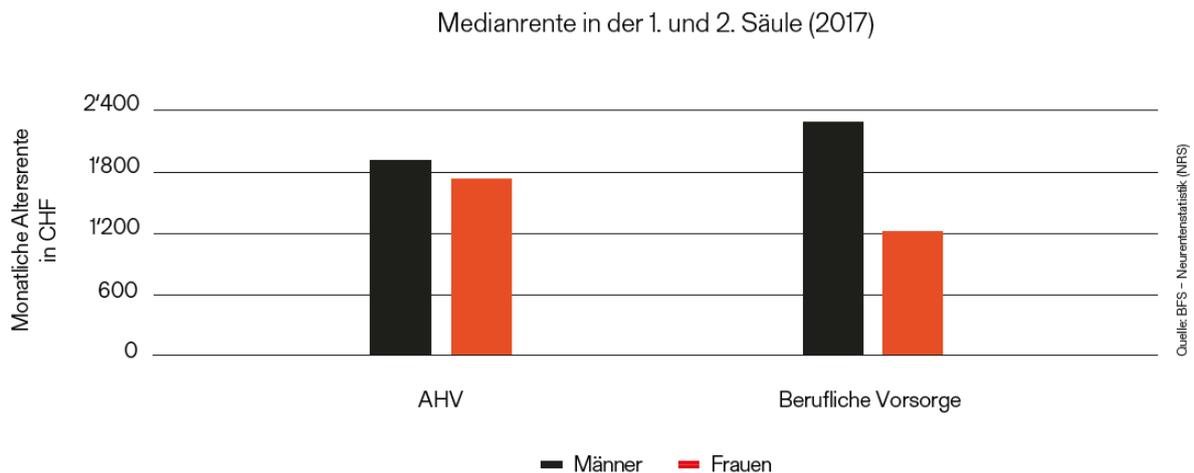
Mehr Geschlechtergerechtigkeit dank gestärkter AHV

Vania Alleva, Präsidentin der Gewerkschaft Unia

Die AHV ist das bedeutendste Sozialwerk der Schweiz. Ein Bollwerk gegen die Altersarmut. Ein mächtiger Hebel des sozialen Ausgleichs. Und – vielleicht etwas weniger im Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit – eine wichtige Institution der «Geschlechtergerechtigkeit». Die Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente ist darum auch aus einer Geschlechter-Perspektive das Gebot der Stunde.

Warum stellt die AHV ein Stück Geschlechtergerechtigkeit dar? Dafür gibt es systemische und rechnerische Gründe:

- Der erste Grund: Die AHV bevorzugt generell tiefe Einkommen gegenüber Spitzeneinkommen. Letztere zahlen zwar auf dem ganzen Lohn AHV-Beiträge, erhalten aber maximal das doppelte der minimalen AHV-Rente von 1185 Franken. Von diesem Umverteilungseffekt zugunsten der kleinen Löhne profitieren überdurchschnittlich viele Frauen. Denn sie arbeiten häufig in sogenannten Tieflohnbranchen und werden darüber hinaus bei den Löhnen nach wie vor massiv diskriminiert. Die AHV mildert die Folgen dieser Diskriminierung im Rentenalter wenigstens ab.
- Zweitens: Frauen haben auch darum tiefere Löhne, weil sie nach wie vor den Hauptteil der unbezahlten Betreuungsarbeit in der Familie übernehmen. Darum sind ihre Berufslaufbahnen durch Erwerbsunterbrüche, Teilzeitarbeit und beschränkte Aufstiegschancen geprägt. Die AHV kann zwar diese patriarchale Benachteiligung der Frauen in der Arbeitswelt nicht korrigieren. Aber immerhin anerkennt die AHV auch die Betreuung von Kindern und Angehörigen als das, was sie auch ist: sozial wertvolle Arbeit, die zu Rentenansprüchen führt. Die AHV ist also nicht nur weit sozialer und gerechter als die auf dem Arbeitsmarkt geltenden Lohnstandards, sie ist auch bei weitem moderner und weniger diskriminierend. Darum sind die AHV-Renten der Frauen fast gleich hoch wie diejenige der Männer.
- Drittens: Von der zweiten Säule kann leider nicht dasselbe gesagt werden. Im Gegenteil: Wegen dem Koordinationsabzug sind kleine Löhne in der zweiten Säule systematisch benachteiligt. Die Arbeitgeber müssen für sie keine Einlagen in die Altersvorsorge machen. Das hat Folgen für Wenigverdienende und Teilzeitarbeitnehmende – also vor allem für Frauen: Die PK-Renten der Frauen sind im Durchschnitt gerade mal halb so hoch wie diejenigen der Männer. Und schlimmer noch: Ein Drittel der Frauen erhält gar keine Rente aus der 2. Säule.



Wenn wir einen Blick in die Branchen werfen, wo viele Frauen arbeiten, ist die Situation wirklich zum «heulen». Ein paar Beispiele aus den Branchen, in denen die Unia tätig ist, veranschaulichen, dass dort «Mini-Renten» ausgezahlt werden. Die durchschnittliche Altersrente der Pensionskasse 'Coiffure & Esthétique' in der Coiffeur- und Kosmetikbranche beträgt nur rund 800 Franken. Die Pensionskassen 'GastroSocial' und 'BVG-Stiftung der SV-Group', die zu den bedeutendsten Vorsorgeeinrichtungen des Gastgewerbes gehören, bezahlen durchschnittlich nur rund 600 respektive 500 Franken an Altersrenten pro Monat. Das entspricht nicht einmal einem Viertel des Schweizer Durchschnitts.

Wichtiger Schritt in Richtung existenzsichernde Altersvorsorge für alle

Solche Renten reichen nicht zum Leben. Und dabei handelt es sich hier nur um die Spitze des Eisbergs; trotz schlechter Datenlage müssen wir davon ausgehen, dass auch in diesen Branchen die Renten der Frauen noch tiefer ausfallen als der Branchenschnitt. Damit wird der Auftrag der Bundesverfassung, allen, die ein Leben lang gearbeitet hat, auch einen Anspruch auf gute Rente zu gewährleisten verletzt.

Eine 13. AHV-Rente alleine würde diesen Missstand zwar noch nicht beheben. So gesehen ist die Initiative eigentlich zu bescheiden – oder sagen wir zu «realpolitisch». Aber ihre Annahme wäre erstens ein wichtiger Schritt in Richtung einer echten, existenzsichernden Altersvorsorge für alle, der zweitens besonders jenen zu Gute käme, die heute auch im Alter benachteiligt werden: Den Arbeitnehmenden in Tieflohnbranchen und insbesondere den Frauen.

Ich bin überzeugt, dass die Zeit reif ist für diesen Schritt in Richtung mehr soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern.



Gewerkschaft des Verkehrspersonals
Syndicat du personnel des transports
Sindacato del personale dei trasporti

SEV Zentralsekretariat
Steinerstrasse 35
Postfach 1008
3000 Bern 6

Telefon +41 31 357 57 57
info@sev-online.ch
www.sev-online.ch

Giorgio Tuti
Direkt +41 31 357 57 07
Mobil +41 79 221 45 64
giorgio.tuti@sev-online.ch

Medienkonferenz zur Lancierung der Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente

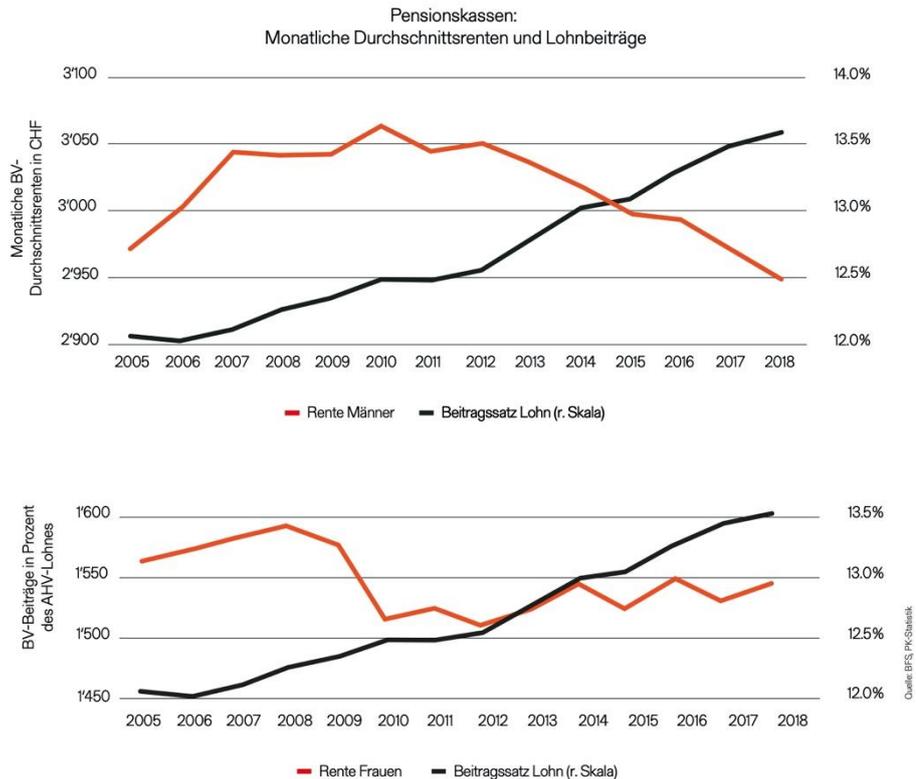
Giorgio Tuti, Vizepräsident SGB – Präsident SEV

Zu den guten Lebens- und Anstellungsbedingungen gehören auch die Renten. Entsprechend gehört der Einsatz für gute Renten und damit ein besseres Leben im Alter zum gewerkschaftlichen Kerngeschäft. Doch auch die Verfassung setzt uns in Sachen Vorsorge seit bald 50 Jahren klare Ziele: Die Renten aus AHV und zweiter Säule sollen die «Fortsetzung des gewohnten Lebens in angemessener Weise» ermöglichen.

In der Realität sieht es anders aus. Die Renten sind tief und seit rund zehn Jahren brechen die Pensionskassenrenten regelrecht ein. Besonders stark war dies in den letzten Jahren der Fall, und diese Entwicklung setzt sich fort. Die Umwandlungssätze sinken, und um noch stärkere Rentensenkungen zu verhindern, erhöht man die Pensionskassenbeiträge. Man bezahlt also mehr, um am Schluss dennoch eine kleinere Rente zu bekommen. Dies ist auch in bundesnahen Betrieben der Fall.

Bei der SBB bzw. bei der SBB Pensionskasse sind die Umwandlungssätze von 6,515 % im Jahre 2008 auf 4,960 % im Jahre 2020 gesunken, während die Prämien in den letzten Jahren um 2,75 % gestiegen sind. Zum Teil konnten die Rentensenkungen mit Kapitaleinschüssen in die jeweiligen Vorsorgekonti abgedeckt werden. Die Arbeitnehmenden haben aber auch in diesen Fällen einen hohen Preis dafür bezahlt, indem sie beispielsweise auf Lohnerhöhungen verzichtet haben.

Doch die 2. Säule verkommt immer mehr zu einem Fass ohne Boden. Wir sind jetzt in der absurden Situation, dass die Berufstätigen noch nie höhere Beiträge in ihre Pensionskassen einbezahlt haben als heute. Dennoch erhalten Personen die heute und morgen pensioniert werden, weniger Rente als die Jahrgänge davor. Ursache für die ständig schlechteren Renten der zweiten Säule sind die Probleme des Kapitaldeckungsverfahrens bei tiefen Zinsen auf den Kapitalmärkten. Dies wirkt sich negativ auf das Alterskapital aus.



Zwar verzeichnen Pensionskassen auch immer wieder Jahre mit hohen Renditen. Letztes Jahr war eines der erfolgreichsten Jahre für viele Kassen. Das ist positiv. Doch auch in den nächsten Jahren ist leider nicht mit einem Ansteigen der Zinsen auf sicheren Obligationen zu rechnen. In den paritätischen PK-Stiftungsräten tendieren gewisse Unternehmensvertreter deshalb dazu, die Sicherheit für ihr Unternehmen allzu hoch zu gewichten und alle Risiken auf die Versicherten abzuschieben. Bei der SBB Pensionskasse versuchten die Arbeitgebervertreter schon vor einigen Jahren ein sogenanntes «Wackelrentenmodell» einzuführen. Ein Modell das erlaubt hätte, je nach Situation und von Jahr zu Jahr, die Renten entsprechend anzupassen, nach oben, aber v.a. nach unten. Dieses Modell konnten wir gewerkschaftlich verhindern, denn gegenüber monatlichen fixen Kosten braucht es Sicherheit und keine schwankenden bzw. wackelnden Renten.

Hinzu kommt, dass mittels allzu vorsichtiger Geldanlagen und übertriebener Senkungen des technischen Zinssatzes, die Versicherten um Erträge auf dem Alterskapital gebracht werden und dies zu tieferen Renten führt.

Damit die künftigen Rentner/innen anständig leben können, braucht es eine Stärkung der AHV, die stabil und sozial finanziert ist. Mit einer 13. AHV-Rente ermöglichen wir ein besseres Leben im Alter. Die Initiative ist die Antwort der Gewerkschaften auf das immer deutlicher sichtbar werdende Rentenproblem. Es ist entscheidend, dass wir klar analysieren und auf die AHV setzen. Denn sie hat gezeigt, dass wir auf sie zählen können. Wenn wir uns nicht bemühen, die Renten zu verteidigen, werden die Arbeiter/innen mit einer noch nie dagewesenen Verschlechterung der Sozialbedingungen im Rentenalter konfrontiert.

Die Initiative für eine 13. AHV Rente ist lanciert. Während den letzten Wochen und Monaten hatte ich die Gelegenheit an sehr vielen Versammlungen teilzunehmen. Ich habe Lok- und Zugpersonal, Rangierpersonal, Zugverkehrspersonal, Handwerks- und Büropersonal, Schiffs- und Buspersonal sowie viele Rentnerinnen und Rentner getroffen und mit ihnen über unsere Initiative diskutiert. Und alle freuen sich auf die Lancierung und auf das Sammeln der Unterschriften. Nicht weil sie nichts zu tun haben und es ihnen langweilig ist. Nein, vielmehr, weil es einem grossen Bedürfnis entspricht und sie eine bessere Rente verdient haben und diese auch dringend brauchen.



EINE 13. AHV-RENTE FÜR EIN BESSERES LEBEN IM ALTER

Barbara Gysi, Nationalrätin, Vizepräsidentin SP Schweiz

Mit einer 13. AHV-Rente ermöglichen wir ein besseres Leben im Alter. Mehr als 200'000 Menschen im Rentenalter haben nicht genug zum Leben und benötigen Ergänzungsleistungen. In der Gruppe der EL-Beziehenden sind die Pensionierten wachsend und eine grosse Gruppe. Zudem ist die Altersarmut nachdem sie bis 2013 gesunken ist, leider wieder angestiegen. 25 Prozent der Menschen im Rentenalter sind armutsgefährdet. Da ist die Rentenverbesserung, die die 13. AHV-Rente mit sich bringt, eine absolut notwendige Massnahme für einen würdigen Lebensabend.

Seit Jahrzehnten reden die Rechten, die Grossverdienenden, die Versicherungen die AHV schlecht. Sie machen Jung und Alt Angst, die Renten könnten bald nicht mehr bezahlt werden. Mit einem Ziel: einen immer grösseren Teil der Altersrenten in einem Privaten Versicherungsmarkt versickern zu lassen. Die Krisenszenarien der Gegner wollen die Solidarität schwächen. Die Solidarität zwischen den Superverdienenden und denjenigen mit tiefen Löhnen. Denn diese macht die AHV stark.

Mit der 13. AHV-Rente stoppen wir die bürgerliche Abbaulogik in der AHV. Denn die Forderungen nach einem höheren Rentenalter bedeuten nichts weiter als länger zu arbeiten für weniger Rente.

Die Stärkung der AHV und ein moderater Ausbau mit einer 13. AHV-Rente sind für Geringverdienende, aber auch für mittlere Einkommen – Stichwort: sinkende 2. Säule-Renten – zentrale Massnahmen. Insbesondere für die Frauen, die in der Altersvorsorge rund 60% tiefere Rentenleistungen haben, ist dieser Ausbau der AHV vordringlich. Denn die Geschlechterdiskriminierung in der Altersvorsorge existiert dank den Erziehungs- und Betreuungsgutschriften in der AHV nicht. Der Gender-Pension-Gap ist in erster Linie eine Folge der zweiten Säule, welche den Berufsbiographien der Frauen und den tiefen Einkommen keine Rechnung trägt.

Die Stärkung der AHV ist trotz finanziellem Mehrbedarf die beste Antwort, weil nur hier die grosse Mehrheit der Bevölkerung mehr Rente fürs Geld erhält. Je nach beruflicher und familiärer Situation ist die 13. AHV-Rente rund fünf bis zehn Mal günstiger als eine entsprechende Rente in der 3. Säule. Eine Stärkung der AHV nützt deshalb nicht nur den Rentnerinnen und Rentnern, sondern vor allem auch den Berufstätigen. Weil sie weniger fürs Alter sparen müssen, haben sie mehr Geld zum Leben. Das ist angesichts der hohen Mieten und Krankenkassenprämien heute umso wichtiger.

Monatliche Einzahlungen für eine Zusatzrente in der Höhe einer 13. AHV-Rente (in CHF)

	Kosten 13. AHV-Rente	Kosten 3. Säule für gleiche Rente
Zugbegleiter (36) & Floristin (36, 50%-Pensum), verheiratet, 2 Kinder	33	180
Physiotherapeutin (51) & Polymechaniker (51), verheiratet	56	580
Lagerist (33)	15	90
Pflegefachfrau (48, 80%-Pensum), 2 Kinder	20	160

Die Stärkung der AHV ist die richtige Antwort auf die zahlreichen Forderungen von Rechts, die die Privatisierung der Altersvorsorge fordern, an welcher letztendlich in erster Linie Finanzinstitute, Banken, Versicherungen und Beratende verdienen.

Präsidium und GL der SP Schweiz unterstützen das Anliegen dieser Volksinitiative vorbehaltlos. Am Parteitag vom 4./5. April soll formell über die Unterstützung Beschluss gefällt werden. Die SP Schweiz ist klar der Meinung, dass die AHV gestärkt werden muss und zur Finanzierung der AHV Nationalbankgewinne herangezogen werden sollen. Die SP Schweiz wird sich aktiv an der Unterschriftensammlung beteiligen.



Medienkonferenz vom 5. März 2020 zur Initiative AHVx13

Renten, die uns und unseren Eltern ein würdiges Leben erlauben

Léonore Porchet, Nationalrätin Grüne

« Wir sind es, die für Hausarbeit, Erziehungsarbeit und die Pflege zu Hause sorgen, ohne die unsere Gesellschaft und Wirtschaft nicht funktionieren könnten. Wir sind es, die sich um das Wohlergehen der Kinder und der betagten Eltern kümmern und sorgen. Aber es fehlt uns an Geld und an Zeit.

Wir wollen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Wir wollen eine Aufwertung der 'Frauenberufe' und deren angemessene Entlohnung. Wir wollen Sozialversicherungen, die unsere Existenz sichern. Wir wollen Renten, die uns ein Leben in Würde ermöglichen, ohne dass unser Rentenalter erhöht wird. Wir wollen Arbeitsbedingungen, die uns die echte Gleichstellung in der bezahlten und unbezahlten Arbeit garantieren.»

Diese Forderungen haben unter anderem dazu geführt, dass am 14. Juni eine halbe Million Menschen auf die Straße gingen. Sie sind dem Bieler Appell & Manifest für den feministischen Frauen*streik 2019 entnommen.

Diese Forderungen erinnern auch daran, dass wir vor einem strukturellen Problem stehen, das über die Renten hinausreicht: Lohnunterschiede, schlechte Löhne in so genannten «Frauen»-Berufen, die Aufgabe der Berufstätigkeit der Frauen aufgrund eines Systems, insbesondere ohne Vaterschaftsurlaub, das uns die Verantwortung für Betreuungsaufgaben überlässt. Diese immer noch patriarchale Organisation unserer Gesellschaft, die auch im Jahr 2020 überall präsent ist, hat die sehr direkte und ernste Konsequenz, dass Tausende von Frauen zum Zeitpunkt der Pensionierung in die Prekarität gedrängt werden. So müssen 15 Prozent der Frauen ab dem Rentenalter auf Ergänzungsleistungen zurückgreifen. Und ihre Anzahl nimmt mit zunehmendem Alter immer mehr zu.

Unsere Forderungen als Frauen und Feministinnen sind daher ganz klar: Unsere Arbeit als Frauen, ob bezahlt oder unbezahlt, verdient würdige Renten!

Und diese würdigen Renten werden über die AHV erreicht. In einem System, in dem viele Frauen (36% ohne Leistungen aus der beruflichen Vorsorge), aber auch viele Arbeitnehmer (21%) nur marginalen oder gar keinen Zugang zu BVG-Leistungen haben, in dem Frauen (72%) und Männer (58%) von einer dritten Säule nicht einmal träumen können, müssen wir uns auf die erste Säule verlassen, die auf Solidarität beruht und die Gratisarbeit der Frauen anerkennt.

Bei diesen Frauen handelt es sich um meine Grossmutter, meine Mutter. Für uns junge Schweizerinnen und Schweizer geht es nicht nur um die persönliche Sicherung einer Rente für den dritten Lebensabschnitt – weg von den unsicheren BVG-Berechnungen und losgelöst von den klimaschädigenden Anlagen der Banken und Pensionskassen. Für uns in den Dreissigern geht es auch darum, uns mit den Älteren solidarisch zu zeigen und unseren Angehörigen im Rentenalter eine finanzielle Situation zu garantieren, die mit den Begriffen Würde, Unabhängigkeit, und Freiheit beschrieben werden kann. Freiheit für unsere Eltern, aber auch Freiheit für uns, befreit von der Last und der Sorge, mit unserem Einkommen für ihr Auskommen sorgen zu müssen. Was sie von der unangenehmen Bürde befreit, von ihren eigenen Kindern abhängig zu sein.

Und so schliesst sich mit einem Ausbau der AHV der Kreis – weil wir mit der Einführung einer 13. AHV-Rente die Unabhängigkeit der älteren Generation im Sinne der Solidarität stärken und gleichzeitig Verantwortung für unsere eigenen Renten übernehmen. Tatsächlich gewinnen so alle!